



Letzte Ausfahrt Lima

Erwartungen von Brot für die Welt an den UN-Klimagipfel (COP 20) in Peru

Zum zwanzigsten Mal kommen die Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention im Dezember 2014 zu einem Klimagipfel zusammen. Gastgeber Peru, der vom 1. bis 12. Dezember in seine Hauptstadt Lima einlädt, wird viel Engagement zur Vorbereitung des Klimaabkommens in Paris 2015 zeigen müssen. Denn globale Probleme brauchen globale Lösungen und der Klimagipfel in Lima ist die letzte Möglichkeit, im Rahmen der internationalen Vertragsstaatenkonferenz (COP) wichtige Vorentscheidungen auf Ministerebene zu fällen.

Erwartungen an die Bundesregierung

Beim Klima-Sondergipfel in New York im September 2014 wurde deutlich, dass die USA und China sich für ein globales Klimaabkommen in Paris einsetzen werden. Bundeskanzlerin Merkel hatte ihre Teilnahme an diesem Gipfel bedauerlicherweise abgesagt, doch im Sommer 2015 wird sie als G7-Präsidentin in Deutschland die Möglichkeit haben, Klimapolitik weit oben auf die internationale politische Agenda zu setzen. Brot für die Welt

würde es begrüßen, wenn die Bundeskanzlerin auf dem G7-Treffen eine Transformationsagenda vorlegen und in diesem Rahmen das Thema eines weltweiten Ausstiegs aus der Kohleverstromung sowie die Bildung von Transformationspartnerschaften vorantreiben würde.

Doch wer langfristig international Vertrauen bilden möchte, muss Versprechen einhalten. Als kurzfristige Maßnahme wird die Bundesregierung am 3. Dezember ein Klimaaktionsprogramm verabschieden, mit dem die selbstgesetzten Klimaziele für 2020 noch erreicht werden sollen. Klar ist aber auch: Deutschland wird die Klimaziele nur einhalten können, wenn eindeutige und konkrete Beschlüsse gefasst werden. Dafür ist es notwendig, aus der Kohleverstromung auszusteigen und zu hundert Prozent auf erneuerbare Energien umzusatteln.

International wurde der Bundesregierung hoch angerechnet, dass sie in diesem Sommer bereits als erstes Land Zusagen für den Green Climate Fund in Höhe von einer Milliarde US-Dollar für Anpassungs- und Minderungsmaßnahmen in den Entwicklungsländern gemacht hat. Als Industrieland ist auch Deutschland verpflichtet, seinen

fairen Beitrag für die zugesagte Klimafinanzierung in Höhe von insgesamt 100 Milliarden US-Dollar bis zum Jahr 2020 zu leisten. In Lima sollte die Bundesregierung einen glaubwürdigen Aufwuchspfad bis 2020 darlegen und konkrete sowie verbindliche langfristige Zusagen machen. Dazu braucht die Bundesregierung eine eng abgestimmte interministerielle Koordination mit klaren Förderschwerpunkten und strategischer Ausrichtung.

Die ärmsten Länder, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, leiden jetzt schon unter den Auswirkungen des Klimawandels. Neben einem langfristigen Ziel zum Klimaschutz fordern sie von den Industrieländern auch ein langfristiges Ziel zur Klimaresilienz. Gerade sie hoffen, dass ihnen dadurch langfristig und verlässlich geholfen wird, sich gegen die negativen Auswirkungen des Klimawandels zu schützen oder die Schäden bewältigen zu können. Die Bundesregierung sollte das Kernanliegen dieser Länder mittragen. Von Lima müssen starke Signale ausgehen, dass die Staatengemeinschaft bereit ist, die Entwicklungsländer bei der Klimaanpassung und bei der Bewältigung klimabedingter Schäden und Verluste zu unterstützen. Ein langfristiges Ziel für Klimaresilienz würde der Bundesregierung einen transparenten Orientierungsrahmen für Maßnahmen in diesen Bereichen geben.

Zentrale Forderungen an die COP 20

In Lima sind die Vertragsstaaten aufgerufen, politischen Willen für den weltweiten Klimaschutz zu demonstrieren und die Weichenstellung für das globale Abkommen 2015 in Paris stellen. Dabei müssen bestimmte Schlüsselemente für das Pariser Abkommen geklärt und abgestimmt werden:

- Entwicklung der ersten Version für den Pariser Vertragstext,
- Bereitstellung umfassender Anleitungen für die Delegationen zu Vorbereitung und Verhandlung ihrer Minderungsbeiträge, die als 'intended nationally determined contributions' (INDCs) diskutiert werden,
- Konsens über die angewandte einheitliche Methodologie und den Prozess, wie diese Minderungsbeiträge kommuniziert werden und
- Schließung der CO₂-Lücke bis 2020 durch ambitionierte Reduktionsmaßnahmen.

Im Detail und über den Vertragstext hinaus müssen aus entwicklungspolitischer Sicht weitere zentra-

le Themen angegangen werden. Im Verhandlungskontext spielen dabei auch Themen eine Rolle, die Einfluss auf die Ambitionen der Länder bei der Festlegung ihrer INDCs nehmen wie Klimafinanzierung, Anstrengungen in der Klimaanpassung und Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten:

- **Treibhausgaseinsparung**
Beim UN-Klimagipfel in Warschau (COP 19) wurde vereinbart, dass die Vertragsstaaten bis März 2015 eingeladen sind, ihre Minderungsbeiträge zum globalen Abkommen, das 2020 in Kraft treten wird, zu benennen. In Lima müssen die Details des Abkommens geklärt werden, um die Vergleichbarkeit und Messbarkeit der Beiträge zu gewährleisten, damit die globale Erwärmung unter zwei Grad Celsius bleibt. Das betrifft die Vereinbarung über die Inhalte, die Zeiträume und auch das Berichtsformat für die Minderungsbeiträge, um zu vermeiden, dass Äpfel mit Birnen verglichen werden. Es muss auch geregelt werden, dass und wie die Entwicklungsländer ausreichend bei ihren Minderungsvorhaben durch die reichen Länder finanziell unterstützt werden. Daher müssen in die Parameter für die Minderungsverpflichtungen auch die finanziellen Mittel mit einfließen. Eine zentrale Forderung ist, dass diese Verpflichtungen einem Prüfregelewerk unterliegen und auch angehoben werden müssen, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse dies erfordern. Ebenso muss die COP 20 auch für den Zeitraum bis 2020 starke Signale für Emissionsminderung und eine kohlenstoffarme Entwicklung aussenden, damit die Emissionslücke geschlossen werden kann.
- **Klimafinanzierung**
Ein zentraler Punkt wird in Lima die Verhandlung um die Klimafinanzierung sein. Die Industrieländer haben sich 2009 verpflichtet, den Entwicklungsländern bis 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar bereitzustellen. Das Hauptfinanzierungsorgan zur Minderung und Anpassung, der Green Climate Fund, ist nun einsatzbereit und muss kapitalisiert werden. Dabei ist es zu begrüßen, dass der Green Climate Fund sich verpflichtet, die Mittel für Anpassung und Minderung gerecht zu teilen. In Lima müssen die reichen Länder konkrete Zusagen für den Fonds machen, indem sie einen glaubwürdigen und nachvollziehbaren Aufwuchspfad bis 2020 vorlegen. So muss als erster Schritt der Fonds bis 2015 mit 15 Milliarden US-Dollar aufgefüllt und dann weitere Zwischenschritte vereinbart werden.
- **Anpassung und klimabedingte Schäden und Verluste**
Die ärmsten Länder sind bereits jetzt Opfer des Kli-



Peru setzt zur Energieerzeugung auf fossile Brennstoffe, die stark zur Klimaerwärmung beitragen. Gleichzeitig ist das Land bereits vom Klimawandel betroffen, Gletscherschmelzen bedrohen Menschen und Natur.

mawandels und brauchen Unterstützung bei der Klimaanpassung. Partner von Brot für die Welt in den ärmsten Ländern berichten vom existentiellen Kampf gegen den Klimawandel, der ihre Lebensgrundlagen gefährdet. Oftmals stoßen sie dabei an Grenzen der Anpassungsfähigkeit an die Folgen des Klimawandels.

In Lima müssen Fortschritte in den technischen Verhandlungen zu Klimaanpassung erzielt und die Diskussionen im Hinblick auf ein globales Anpassungsziel vertieft werden. Dabei muss sichergestellt werden, dass Anpassung mit der gleichen Priorität wie Emissionsminderung verhandelt wird. Der Anpassungsfonds muss kapitalisiert, Anpassungsprogramme und die nationalen Anpassungspläne, an denen bereits viele Entwicklungsländer arbeiten, müssen unterstützt werden.

Die Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention sind in Lima herausgefordert, Fortschritte in den Zusagen für Klimaanpassung zu erreichen. Die ärmsten und verletzlichsten Bevölkerungsgruppen brauchen Zugang zu finanziellen Mitteln, damit sie Maßnahmen zu ihrem eigenen Schutz durchführen können.

Die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels erleben Menschen dort, wo die Grenzen der Anpassung überschritten wurden und bereits jetzt schon klimabedingte Schäden und Verluste entstehen. In der Verhandlungssprache spricht man von Loss&Damage. Brot für die Welt begrüßt die Entscheidung von COP 19 in Warschau, einen internationalen Mechanismus für den Umgang mit solchen klimabedingten Schäden und Verlusten zu etablieren. Ein zweijähriger Arbeitsplan für den neuen Verhandlungsstrang, der Warsaw International Mechanism (WIM), wurde von einem Exekutivkomitee erarbeitet und muss in Lima vorgestellt und verabschiedet werden. Damit alleine wird es jedoch nicht getan sein, denn die ärmsten und verletzlichsten Länder befürchten, dass sie mit dem WIM auf ein politisches Abstellgleis geschoben wurden. Sie fordern, dass Loss&Damage integraler Bestandteil eines ambitionierten und gerechten Weltklimaabkommens in Paris sein muss. Der Inselstaat Nauru hat am 4. November 2014 beim UNO-Klimasekretariat eine Forderung als Submission in Vertretung der Allianz der kleinen Inselstaaten (AOSIS) eingereicht. Die Allianz der 43 kleinen und sehr niedrig liegenden Inselstaaten, die vor allem stark vom Mee-



Peru hat über 100 verschiedene Kartoffelsorten. Doch der Klimawandel führt zu starkem Schädlingsbefall und bedroht die Ernten.

resspiegelanstieg bedroht sind, fordert darin, dass Loss&Damage im Paris-Abkommen 2015 verankert wird. Allerdings soll Loss&Damage separat im Abkommen, zusätzlich und nicht als Teil der Klimaanpassung, verankert werden. Vor allem die kleinen und armen Inselstaaten (SIDS) brauchen sofortige finanzielle und technische Unterstützung, Kapazitätenaufbau und direkten Zugang zu Klimafinanzierung. Die besonders verletzlichen Entwicklungsländer brauchen dagegen zusätzliche und neue Klimafinanzierungsmittel für den Umgang mit Loss&Damage, ergänzend zu den Mitteln für die Minderung der Emissionen („mitigation“) und für die Anpassung an die Folgen des Klimawandels („adaptation“). Die Arbeit des Warsaw International Mechanism soll zukünftig dann in die völkerrechtlich bindenden Vereinbarungen zu Loss&Damage im Paris-Abkommen einfließen.

- **Landwirtschaft**
Landwirtschaft steht nicht explizit auf der Verhandlungsagenda in Lima. Dennoch sollten die Sherpas jede Klimakonferenz nutzen, um den im Juni 2014

in Bonn vereinbarten Arbeitsplan zu Landwirtschaft schnellstmöglich voranzubringen. Demgemäß sind die Staaten aufgerufen, im Verlauf der nächsten zwei Jahre eine umfassende landwirtschaftliche Anpassungsagenda zu erarbeiten. Diese muss sich konsequent am Menschenrecht auf angemessene Ernährung orientieren und der zentralen Bedeutung kleinbäuerlicher Landwirtschaft und handwerklicher Fischerei für die weltweite Ernährungssicherheit Rechnung tragen.

Bereits in Lima gilt es, bei den Verhandlungen um die genaue Berechnung der nationalen Reduktionsziele, die potentiellen Auswirkungen auf Landwirtschaft und Ernährungssicherheit mitzudenken. Die Landwirtschaft ist sowohl Opfer des Klimawandels als auch eine wichtige Quelle für klimaschädliche Emissionen. Um den globalen Temperaturanstieg auf unter zwei Grad zu begrenzen, sind Emissionsminderungen in diesem Sektor unerlässlich. Vor allem energieintensive, industriell geprägte Landwirtschaftsmodelle müssen dabei in den Blick geraten. Industrieländer sollten die Emissionen aus ihren

landwirtschaftlichen Aktivitäten daher umfassend in ihrem Emissionskonto auflisten, währenddessen vor allem in Entwicklungsländern die Ernährungssicherheit und der Schutz kleinbäuerlicher Lebensgrundlagen weiterhin Priorität vor Minderungspflichten haben müssen.

Gleichzeitig gilt es zu verhindern, dass sich Großemittenten durch landwirtschaftliche Kompensationsprojekte in Entwicklungsländern von ihren eigenen Reduktionsverpflichtungen freikaufen können, wie es im Rahmen der vorgeschlagenen Änderung beim „Clean Development Mechanismus“ in Lima diskutiert werden soll.

Klimafreundlicher Tourismus und Flugverkehr

Brot für die Welt engagiert sich für einen klimafreundlichen Tourismus, auch wenn Tourismus kein Verhandlungsgegenstand bei den Weltklimaverhandlungen ist. Der Tourismus trägt mit derzeit etwa neun Prozent zur globalen Emission von Treibhausgasen bei – mit hohen jährlichen Wachstumsraten. Allein die Bereiche Unterkunft, landgebundener Transport und der Luftverkehr machen etwa 93 Prozent der im Tourismus anfallenden CO₂-Emissionen aus. Damit steht der Tourismus allen Bemühungen der internationalen Klimapolitik, den globalen Klimawandel durch Reduktions- und Anpassungsstrategien einzudämmen, entgegen. Und dennoch sind weder der Tourismus noch der Luftverkehr in irgendeiner Weise Bestandteil der UN-Klimaverhandlungen. Auf diesen Mischstand wollen im Rahmen der Konferenz „Tourismus in Zeiten des Klimawandels“ verschiedene internationale Organisationen in Peru aufmerksam machen. Die Konferenz findet am 3. und 4. Dezember an der Universität San Marcos in Lima statt.

Was steht politisch auf dem Spiel?

Die COP 20 (Conference of the Parties) gilt in Expertenkreisen bereits im Vorfeld als einer der wichtigsten Weltklimagipfel. Dort müssen die zentralen Vereinbarungen getroffen werden, damit der Weltklimagipfel in Paris Ende 2015 ein Erfolg wird. Nach dem Scheitern der Verhandlungen in Kopenhagen nimmt die Staatengemeinschaft in Paris noch einmal Anlauf für ein globales Klimaabkommen. In Lima müssen die Minister der Vertragsstaaten nun konkret den Weg dafür ebnen, indem entscheidende Fragen geklärt werden. Positive Signale wurden beim Sondergipfel in New York im September 2014 auf Einladung von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon bereits

gesetzt. Über 126 Staats- und Regierungschefs haben zugestimmt, dass Klimapolitik im Entscheidungsjahr 2015 hohe Priorität erfährt.

Besorgniserregend dagegen sind die geringen Ambitionen zum Klimaschutz, die bisher gezeigt wurden. Beim letzten Klimagipfel in Warschau (COP 19) wurde vereinbart, dass die Vertragsstaaten eingeladen sind, bis Ende März 2015 ihren Beitrag zum globalen Klimaschutzabkommen zu nennen. So soll abgewendet werden, dass erst in letzter Minute begonnen wird zu verhandeln. Die EU hat ihre Ziele zum Klimaschutz, Energieeffizienz und Ausbau von erneuerbaren Energien bis 2030 im Vergleich zum Basisjahr 1990 bereits in diesem Oktober bekannt gegeben. Eine große Überraschung ist die gemeinsame Bekanntgabe der Klimaziele von USA und China am 11. November 2014 kurz nach der Veröffentlichung der EU. Zum ersten Mal in der Geschichte verpflichten sich die beiden größten Emittenten zu einem bindenden Klimaschutz. Beide Länder gelten als Konfliktparteien in der Klimapolitik und hatten sich nicht dem Kyoto-Protokoll angeschlossen. Ihr nun vereinbarter Beitrag zum Klimaschutz ist symbolisch sehr bedeutend, denn er macht deutlich, dass weltweit eine kohlenstoffarme Entwicklung und das Ende der Kohleverstromung angestrebt wird. Alle anderen Länder können nun mit der Bekanntmachung ihrer Minderungsbeiträge bis Ende März 2015 nachziehen, denn der bisherige Stillstand in den Verhandlungen ist damit durchbrochen. Es wird so immer wahrscheinlicher, dass in Paris ein globales bindendes Abkommen zum Klimaschutz geschlossen werden kann.

Doch trotz frühzeitiger Ankündigung und hoher Symbolkraft bleiben die Klimaziele der EU, USA und China weit hinter deren Möglichkeiten und dem klimapolitisch Notwendigen zurück und müssen nachgebessert werden.

Leider ist zu befürchten, dass die globalen Minderungsbeiträge zu niedrig sein werden und die globale Erwärmung nicht auf unter zwei Grad Celsius gehalten werden kann, wie noch in Kopenhagen 2009 von allen Staaten vereinbart. Mit den bisherigen unzureichenden Anstrengungen wird dieses Ziel verfehlt. Notleidende sind dabei vor allem die Menschen in den ärmsten und verletzlichsten Ländern, da sie nicht die Mittel haben, sich gegen die Auswirkungen des Klimawandels angemessen zu schützen. Ohne dass sie dazu verpflichtet oder gar in der Bringschuld wären, sind sie engagiert voran geschritten. Ihr ambitioniertes Vorgehen zeigt den reichen Ländern mit den höchsten Treibhausgasemissionen, was Klimaschutz konkret bedeutet: Kleine Inselstaaten, die vom

Meeresspiegelanstieg massiv bedroht sind, gaben beim Klimasondertreffen in New York bekannt, nicht nur Klimaanpassung zu betreiben. Sie betreiben vielmehr aktiv selbst Klimaschutz: Grenada macht sich stark für den Einsatz von zu hundert Prozent erneuerbaren Energien; Trinidad und Tobago wollen bis Ende des Jahrhunderts CO₂-neutral sein. Auch Tuvalu will seinen Beitrag leisten und kündigte an, bis 2020 die Insel hundertprozentig durch erneuerbare Energien zu elektrifizieren. Solche Vorreiter und Vordenker sind nun gefragt, damit auf der Klimakonferenz in Lima ein Rahmenwerk gesetzt werden kann, welches in Paris zum Erfolg führt.

Der Erfolgsdruck ist hoch, wie auch jüngste wissenschaftliche Erkenntnisse belegen. Der im November 2014 veröffentlichte fünfte Weltklimabericht des Weltklimarats (IPCC) zeigt, dass die Zeit drängt. Bis Mitte des Jahrhunderts muss weltweit ein Ausstieg aus der Kohleverstromung gelingen, wenn das Zwei-Grad-Limit eingehalten werden soll. Bei Fortführung der jetzigen Entwicklung steuern wir auf eine um vier Grad wärmere Welt bis Ende des Jahrhunderts zu. Der IPCC lässt in seinem Bericht keine Zweifel daran, dass eine Erwärmung von mehr als zwei Grad massive Gefahren für große Teile der Menschheit mit sich bringen wird. Die Modelle der Wissenschaftler zeigen, dass es Grenzen der Anpassung gibt. Bei einer angenommenen Erhöhung der Temperatur um vier Grad, auf welche die Welt laut IPCC bis zum Jahr 2100 zusteuert, wären vor allem die Gefahren für die Ernährungssicherung in verschiedenen Weltregionen kaum noch zu bewältigen und die Risiken unkalkulierbar.

Die Wissenschaft zeigt aber auch: Es ist noch gut möglich, die globale Erwärmung auf unter zwei Grad, mit etwas mehr Anstrengung sogar auf unter 1,5 Grad zu halten. Wir verfügen über die Möglichkei-

ten und die grünen Technologien, um eine nachhaltige Transformation einzuleiten – allein der politische Wille muss gegeben sein.

Über Paris hinaus denken

Ein Klimaabkommen in Paris wird ein wichtiger Schritt sein, aber alleine nicht ausreichen für die notwendige sozial-ökologische Transformation. Über Paris hinaus muss eine nachhaltige, kohlenstoffarme und armutsorientierte Entwicklung angestrebt werden. Ein weltweiter Ausstieg aus der Kohleverstromung und die vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien sind unumgänglich. Die massiven Klimaveränderungen zwingen dazu, ein neues Entwicklungsparadigma für mehr Nachhaltigkeit und Resilienz auf den Weg zu bringen. Bei der großen Klimademonstration in New York am 21. September 2014, gefolgt von tausenden weiteren Aktionen weltweit an diesem Tag, wurde laut und schillernd deutlich, dass eine grüne und nachhaltige Zukunft von vielen Seiten eingefordert wird. Alleine in Manhattan gingen etwa 400.000 Menschen auf die Straße, um für den Klimaschutz einzutreten. Die Zivilgesellschaft fordert globale Verantwortung ein, und gerade Jugendliche drängen darauf, dass der Klimawandel eingedämmt werden muss. Auch Teile der Wirtschaft sind der Politik längst voraus und fordern politische Regelwerke zum Klimaschutz ein, um höhere Investitionssicherheiten zu haben. Die Politik ist gefragt, hier als verlässlicher und verantwortungsvoller Akteur zu agieren, und durch den Ausstieg aus Investitionen in fossile Energien den Weg für Reinvestitionen in grüne Technologien und in eine klimafreundliche Wirtschaft zu ebnen.

Gastgeber Peru

Peru gehört zu den Ländern, die die negativen Auswirkungen des Klimawandels stark zu spüren bekommen. Dabei muss auch Peru erfahren, dass bereits existierende Probleme durch den Klimawandel verschärft werden. Wasserknappheit herrscht ohnehin an der wüstenhaften Küste des Landes. Muren wie Schlamm- und Geröllströme wurden seit jeher durch Erdbeben oder starke Regenfälle ausgelöst. Verschärft haben sich aber Dürren und Schädlingsbefall als Folge der globalen Erwärmung. Auch das Abschmelzen der Gletscher macht der Landwirtschaft und damit der Ernährungssi-

cherheit schwer zu schaffen. Peru beheimatet etwa 70 Prozent der tropischen Gletscher, die für die Andenbewohner die wichtigsten Trinkwasserspeicher sind. Die klimabedingte rasante Gletscherschmelze bedeutet nicht nur langfristig eine gravierende Wasserverknappung. Kurzfristig können aufgrund ihrer Instabilität Katastrophen ausgelöst werden, indem Schmelzwasser und abbrechende Eisberge Schlammlawinen und Erdbeben verursachen können, die das Leben der Andenbewohner bedrohen.



Bauer Mario Ochante und seine Nichte Alejandra unternehmen große Anstrengungen, um sich dem Klimawandel anzupassen.

Im Vergleich zu Deutschland und anderen Industrieländern hat Peru nur einen sehr kleinen Anteil (etwa 0,4 Prozent) an den globalen Emissionen. Die höchsten klimawirksamen Emissionen werden durch Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft verursacht. Die Abholzung des peruanischen Amazonas zum Beispiel hat im Jahr 2000 zu 47,5 Prozent der Emissionen im Land beigetragen.

Abgesehen von den Treibhausemissionen gibt es weitere klimateinwirkende Entwicklungen in Peru. Vor allem die in den letzten zehn Jahren starke wirtschaftliche Entwicklung hat zur Folge, dass natürliche Ressourcen sowohl sozial als auch ökologisch sehr rücksichtslos ausgebeutet werden.

Hauptverantwortlich für die wirtschaftliche Entwicklung sind der Außenhandel und die weiterhin hohen Investitionen in Bergbau und Erdgasförderung sowie die exportorientierte landwirtschaftliche Produktion. Peru profitiert von hohen Weltmarktpreisen für seine Exportgüter, vor allem für mineralische Rohstoffe wie Gold, Kupfer, Silber und Zink. Im Juli 2014 hat Peru ein Rohstoffhandelsabkommen mit der Bundesregierung Deutschlands unterzeichnet, welches von vielen NGOs stark kritisiert wurde. Man befürchtet, dass nun ein vermehrter Rohstoffabbau betrieben wird, ohne die betroffene Bevölkerung vorher zu konsultieren und sie ausreichend an den erzielten Gewinnen zu beteiligen. Mensch

und Umwelt sind in den Abbauregionen starken Gefährdungen ausgesetzt.

Obwohl Peru sich mittlerweile als Land mit höherem mittlerem Einkommen (upper-middle-income country) etabliert hat, ist der Wohlstand ungleich verteilt. Noch immer leben große Teile der Bevölkerung in Armut, vor allem auf dem Land. Peru wird als Gastgeber der COP 20 zeigen, ob es in dem Spannungsfeld, zum einen Opfer des Klimawandels, zum anderen selbst ein Minenbetreiber, die vielzähligen Interessen der Staatenbünde vereinen kann. Auf internationalem Parkett hat Peru hierfür beste Erfahrungen in der Moderation zwischen Interessengruppen gesammelt. In der Staatengruppe der AILAC, dem Zusammenschluss der unabhängigen lateinamerikanischen und karibischen Staaten, zusammen mit Chile, Kolumbien, Costa Rica, Guatemala und Panama, ist Peru geübt darin, zwischen den Interessen der Industrienationen und dem Block der Entwicklungsländer zu vermitteln. Die AILAC-Gruppe ist bekannt für eine progressive und ambitionierte Klimapolitik, die ein völkerrechtlich bindendes Klimaabkommen einfordert. Kritisiert wurden die AILAC-Staaten eher dafür, dass sie national wenig umsetzen von dem, was sie auf internationaler Ebene vertreten. Peru kann als Gastgeber der COP 20 nun zeigen, wie es seine Stärken als Vermittler einzusetzen vermag und auch mit gutem Beispiel vorangehen und national ambitionierte Maßnahmen zum Klimaschutz verankern.

Termine und Ansprechpartner von Brot für die Welt in Peru

Ansprechpartner vor Ort in Lima:

Sabine Minninger,

Referentin für Klima und Energie

verfolgt die Gerechtigkeitsaspekte bei den Verhandlungen zum Abkommen 2015 in Paris. Schwerpunkte sind gerechte Minderungsbeiträge (INDCs), Klimafinanzierung, Loss&Damage und Global Adaptation Goal.

Mobil: +49 (0)152 - 22701676

E-Mail: sabine.minninger@brot-fuer-die-welt.de

Eike Zaumseil,

Referent für Klima und Landwirtschaft

verfolgt Landwirtschaft in den Klimaverhandlungen, setzt sich mit der Einbeziehung von Landwirtschaft in Kohlenstoffmärkte und dem Konzept der so genannten Climate-Smart Agriculture auseinander. Zusammen mit Partnerorganisationen zeigt er die Bedeutung agrarökologischer, kleinbäuerlicher Landwirtschaft für nachhaltige Klimaanpassung und Ernährungssicherheit auf.

Mobil: +49 (0)152 - 34171179

E-Mail: eike.zaumseil@brot-fuer-die-welt.de

Annegret Zimmermann,

Referentin für verantwortlichen Tourismus

fordert einen nachhaltigen Tourismus, der klimaschonend sowie sozial- und klimagerecht ausgerichtet ist. Schwerpunkte sind die bindende Regulierung der internationalen Flugemissionen, sozialgerechte Regulierungen von Agrokerosin im Flugverkehr sowie die Stärkung alternativer und fairer Mobilitätskonzepte.

Mobil: +49 (0)176 - 49936464

E-Mail: annegret.zimmermann@brot-fuer-die-welt.de

Termine:

Side Event von Brot für die Welt mit der ACT Alliance zum Thema „How to anchor adaptation and the Warsaw International Mechanism in the Paris agreement“
Am 11.12.2014, 13:15 - 14:45 Uhr, Raum 4, COP 20

Konferenz „Tourismus in Zeiten des Klimawandels“ mit verschiedenen internationalen Partnern
Am 3.12.2014, 10:00 - 18:00, und 4.12.2014, 10:00 - 13:00, San Marcos Universität in Lima

Impressum

Herausgeber Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.

Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin

Telefon: +49 30 65211 0

E-Mail: info@brot-fuer-die-welt.de

www.brot-fuer-die-welt.de

AutorInnen Sabine Minninger, Eike Zaumseil, Annegret Zimmermann

Redaktion Maike Lukow

Fotos Christof Krackhardt, Tini von Poser

V.i.S.d.P. Thomas Sandner

Layout János Theil

Druck Elch Graphics

Art. Nr. 129 7 0018 0

November 2014

Spenden

Brot für die Welt

Spendenkonto: 500 500 500

Bank für Kirche und Diakonie

BLZ: 1006 1006

IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00

BIC: GENODED1KDB